

Nr. der Beilagen zum stenographischen Protokoll des Salzburger Landtages
(6. Session der 13. Gesetzgebungsperiode)

Antrag

der Abgeordneten Zweiter Präsident Saliger und Manfred Sampl betreffend eine Entwicklung barrierefreier Bahnhöfe im Bundesland Salzburg

Die Österreichischen Bundesbahnen haben in den letzten Jahren einen durchaus positiven Beitrag zur Entwicklung barrierefreier Einrichtungen im Bahn- und Personentransportbereich geleistet. Behinderte bzw. körperlich beeinträchtigte Personen können öffentliche Verkehrsmittel leichter und einfacher erreichen, als dies bisher der Fall gewesen ist.

Allerdings ist die Infrastruktur vor allem im Bundesland Salzburg in den ländlichen Bereichen nach wie vor zum Großteil nicht barrierefrei gestaltet und falls dies doch der Fall ist, dann nur unter großen Bemühungen der betroffenen Gemeinden und Anrainergemeinden.

Nun hat die ÖBB beschlossen, bei einer Reisenden-Frequenz von mehr als 2.000 Personen pro Tag alle Bahnhöfe bis zum Jahr 2015 barrierefrei zu gestalten. Dadurch fallen aber Bahnhöfe wie z. B. Seekirchen, die derzeit eine Frequenz von 1.800 Personen pro Tag aufweisen, nicht in den Bereich "barrierefreie Gestaltung" hinein. Orte wie Seekirchen im Salzburger Flachgau werden jedoch in Hinkunft eine immer größere Bedeutung für die ÖBB bekommen (Ausbau NAVIS etc.). Vor allem aber auch in den südlichen Bezirken, die durchwegs über kleinere, aber für die Region sehr wichtige Bahnhöfe verfügen, sollte eine Umsetzung eines barrierefreien Bahnhofs möglichst schnell ermöglicht werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher den folgenden

Antrag:

Der Salzburger Landtag wolle beschließen:

1. die Landesregierung wird ersucht, sich bei den Österreichischen Bundesbahnen dafür einzusetzen, dass im Bundesland Salzburg unabhängig von der derzeitigen Personen-Frequenz die Bahnhöfe barrierefrei ausgebaut werden und dies ehest möglichst umgesetzt wird.

2. Dieser Antrag wird dem Ausschuss für Raumordnung, Umweltschutz und Verkehr zur weiteren Beratung, Berichterstattung und Antragstellung an das Hohe Haus zugewiesen.

Salzburg, am 3. November 2008